»OBSERVER«
A-1020 Wien, Lessinggasse 21
www.observer.at, E-Mail: info@observer.at
Fon: +43 1 213 22 *0, Fax: +43 1 213 22 *300

Auflage: 36980 Auftrag Nr: 1220
Verlagstel.: 01/60 117*242 Clip Nr: 4503554
Größe: 100% SB: Management Club

Wirtschaftsblatt
Wien, 21.4.2009

MARKTORDNUNG Post fürchtet um Kostenersatz für Universaldienst

Mit dem Postgesetz ist niemand richtig glücklich

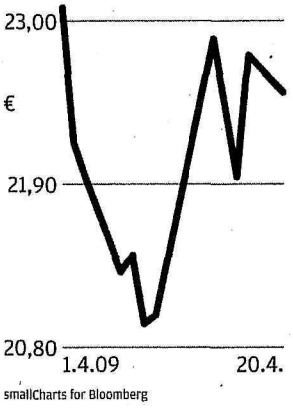
Obwohl der Entwurf zum neuen Postmarktgesetz erst gestern am frühen Abend ausgeschickt wurde, reagierte die Post-Aktie zunächst positiv. Je mehr Details durchsickerten, umso steiler ging es allerdings im Tagesverlauf wieder bergab.

Bernd Maurer, Analyst der Raiffeisen Centrobank, will erst die Details abwarten, sieht es aber positiv, dass jetzt „zumindest Visibilität vorhanden ist". Bisher war vor allem Tappen im Dunkeln angesagt, weil niemand wusste, wie es nach der geplanten Brief-Marktöffnung 2011 weitergeht.

Obwohl laut Infrastrukturministerin Doris Bures „Rosinenpicken ausgeschlossen werden soll", wird es ab 2011 möglich sein, nur einzelne, lukrative Regionen mit Postleistungen zu versorgen, erwarten Analysten.

Unklar ist freilich noch, wie viel Geld die Post als Kostenersatz für die Verpflichtung zum Universaldienst bekommt. Letzterer schreibt vor, dass die Post an sechs Tagen pro Woche jede Zustelladresse in Österreich beliefern muss. Insider gingen zuletzt davon aus, dass dafür 150 bis 180 Millionen € pro Jahr anfallen. Tatsache ist, dass Postdienstleister ab einem Jahresumsatz von 500.000 € in einen Ausgleichsfonds einzahlen müssen.

POST



smallCharts for Bloomberg

Freude über neue Marktordnung währte nur kurz

Angst vor Mindestlohn

Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer, warnt indes vor einem Mindestlohn für Postanbieter. Dass die alternativen Anbieter Löhne zahlen müssen, die denen der Österreichischen Post vergleichbar sind, „dreht den Wettbewerb ab". Auch die Lobbyisten des Management Clubs sind in heller Aufregung: „Wenn man den Markt nicht öffnen will, soll man das sagen, und nicht so tun als ob", meint MC-Präsident Herbert Paierl.

Für den internationalen Postexperten Horst Manner-Romberg ist hingegen klar, dass der Staat als Kernaktionär „ein Interesse daran hat, dass es der Post sehr gut geht".

Interessant dabei ist, dass auch die Post relativ skeptisch auf die bisher bekannten Punkte reagiert. „Wir hätten schon gerne gewusst, ob wir zumindest die freie Wahl haben, wie wir die verpflichtenden 1650 Poststellen betreiben", heißt es aus Post-Kreisen. Dass die Post an dem Gesetz mitgeschrieben hat, wird heftig bestritten. (lech)

FIT FÜR 2011

Das neue Postmarktgesetz ist gestern von Infrastrukturministerin Dores Bures in Begutachtung geschickt worden. Es soll einerseits die Post auf die Öffnung des Briefmarktes bis 50 Gramm ab 2011 vorbereiten und gleichzeitig fairen Wettbewerb garantieren. Zu den Kernpunkten des Gesetzes zählt eine Versorgungsgarantie durch die Post, die dafür über einen Fonds Mittel erhält und ihr Netz auf 1650 Ämter oder Postpartner erweitern muss. Neue Anbieter müssen „faire Arbeitsbedingungen" bieten.

Zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG. Anfragen zum Inhalt und zu Nutzungsrechten bitte an den Verlag.